



Wuppertal/Solingen/Remscheid, den 13. September 2018

Erklärung der PRO-Ratsmitglieder im Bergischen Städtedreieck zur Problematik der Aufnahme von Asylbewerbern

„Wir können Kalkutta nicht retten, indem wir Kalkutta zu uns holen.“

Zitat des deutsch-französischen Journalisten und Weltkenners Peter Scholl-Latour (1924-2014)

Claudia Bötte von der Wuppertaler PRO/REP-Ratsfraktion, Andre Hüsgen von der Remscheider PRO-Ratsgruppe und der Solinger Ratsherr Stephan Hövels positionieren sich wie folgt zum „Seenotrettung“-Brief der Oberbürgermeister des Bergischen Städtedreiecks an Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Die PRO-Ratsmitglieder im Bergischen Städtedreieck erklären ihre grundsätzliche Ablehnung einer Masseneinwanderung in die Bundesrepublik Deutschland unter Missbrauch des Asylrechts.

Die südlichen Außengrenzen der Europäischen Union und insbesondere des Schengen-Raums müssen maximal abgesichert werden gegen illegale Einwanderung. Es kann nicht angehen, dass illegale Einwanderer, die sich vorsätzlich auf in der Regel völlig ungeeigneten Booten auf dem offenen Meer in „Seenot“ bringen, über NGO-Schlepperhelfer eine Freifahrt Richtung Europäische Union erhalten. Personen, die von Küstenwachen der Europäischen Union in vorsätzlicher „Seenot“ angetroffen werden, gehören umgehend zurückgebracht in die Staaten, von denen aus sie aufgebrochen sind, also beispielsweise Marokko, Tunesien, Libyen oder die Türkei. Die von den Schleppern genutzten Boote müssen sämtlich beschlagnahmt und schnellstmöglich zerstört werden. Gegen illegale Einwanderer muss ausnahmslos ein 30-jähriges Aufenthaltsverbot im Schengen-Raum ausgesprochen werden. Sobald sich unter den potenziellen Asylbewerbern und den verbrecherischen Schleppern herumgesprochen hat, dass die Europäische Union mit Härte jegliche illegale Einwanderung unterbindet, wird der Spuk auf dem Mittelmeer ein baldiges Ende finden.

Es ist anmaßend, anderen Staaten der Europäischen Union vorschreiben zu wollen, wie viele Asylbewerber aufzunehmen seien. Wenn Staaten wie Polen oder Ungarn gar keine islamischen Asylbewerber haben wollen, dann ist dies deren freie Entscheidung, die innerhalb der Europäischen Union ohne Wenn und Aber zu akzeptieren ist. Eine sozialistische Umverteilung von

illegalen Einwanderern auf die gesamte Europäische Union wäre ein falscher Anreiz für junge Dritte-Welt-Staatsbürger und die verbrecherischen Schlepper, weiterhin das widerrechtliche Übertreten einer „grünen“ Grenze zu wagen.

Um die Ursachen illegaler Einwanderung zu bekämpfen, müssen Deutschland und die Europäische Union ihre Entwicklungspolitik von drei strikten Bedingungen abhängig machen:

1. Jeder Dritte-Welt-Staat, der Sachleistungen und Wissensvermittlung aus Europa erhält, muss jeden seiner Bürger (auch Straftäter) aufnehmen, der aus der Europäischen Union abgeschoben wird.
2. Jedes Empfängerland muss mittels jährlicher Berichte den Nachweis erbringen, dass es kontinuierliche Erfolge in der Bekämpfung von Korruption hat.
3. Die sachgemäße Nutzung der erhaltenen Sachleistungen aus Europa muss ebenfalls jährlich nachgewiesen werden.

Claudia Bötte
Wuppertal

Andre Hüsgen
Remscheid

Stephan Hövels
Solingen